Wie die Rente Großkoalitionäre trennt

Altersvorsorge Katholische Arbeitnehmerbewegung KAB diskutiert mit Bundestagsabgeordneten Norbert Barthle (CDU) und Christian Lange (SPD) über die „Zukunft der Rente“. *Von Michael Länge*

Schwäbisch Gmünd

Es ist ein Thema, das Münsterpfarrer Robert Kloker im Wahlkampf vermisst hat: Die Bundestagsabgeordneten Norbert Barthle (CDU) und Christian Lange (SPD) diskutierten am Donnerstag mit Gästen des Mittagstischs „Unter d’Leut“ im Stadtteilzentrum Ost über die „Zukunft der Rente“ und „solidarische Alterssicherung“. Etwa 50 Gäste waren da, einige mehr als an anderen Donnerstagen, wenn sich dort Menschen aus dem Viertel zum Mittagessen treffen.

Eingeladen hatte die Katholische Arbeitnehmerbewegung KAB, die ein eigenes Rentenmodell entwickelt hat, das Cappuccino-Modell. Dieses erläuterte Klaus-Peter Röhrle vom KAB Bargau. Das Modell besteht aus Espresso, einer durch Steuern finanzierten Sockelrente für alle in Höhe von aktuell 515 Euro. Aus Milchkaffee, einer Pflichtversicherung für alle Erwerbstätigen. Und aus Milchschaum, einer betrieblichen Altersvorsorge für alle Arbeitnehmer. Die private Altersvorsorge bleibt freiwillig. Röhrle griff den einleitenden Satz von Pastoralreferent und Moderator Romanus Kreilinger auf, dass die Angst vor Altersarmut in Deutschland sehr hoch sei. Alle wüssten, dass etwas geschehen müsse, sagte Röhrle. Mit der FDP aber lasse sich das Problem nicht lösen. Und die SPD habe sich aus der Verantwortung zurückgezogen.

> „Die Angst vor Altersarmut ist in Deutschland sehr hoch.“
>
> **Romanus Kreilinger,** Pastoralreferent

Steilvorlagen für die beiden Abgeordneten. Die CDU wolle eine Kommission einsetzen, die bis 2020/21 Lösungen erarbeitet, sagte Barthle. Bis 2030 stehe das derzeitige Rentenmodell. Danach kämen die geburtenstarken Jahrgänge. Kamen 1953 noch acht sozialversicherungspflichtig Beschäftigte auf einen Rentner, sind dies heute 3,5 Beschäftigte, skizzierte Barthle das Problem. Das Cappuccino-Modell sei eine Lösung von mehreren. Ein Haken an ihr sei, dass die Sockelrente steuerfinanziert wäre. Das bedeutet: Weniger sozialversicherungspflichtig Beschäftigte müssten mehr Steuern bezahlen.

Zunächst genossen sie beim Mittagstisch „Unter d’ Leut“ Maultaschen: Die Bundestagsabgeordneten Norbert Barthle (CDU) und Christian Lange (SPD) diskutierten im Stadtteilzentrum Ost mit Bürgern über Rente. Mit im Bild Münsterpfarrer Robert Kloker. *Foto: Länge*

Lange skizzierte die SPD-Lösung: die Erwerbstätigenversicherung. Die SPD ziehe „zwei Haltelinien“: Das Rentenniveau dürfe nicht unter 48 Prozent des Durchschnittslohnes sinken. Und die Beitragsgrenze dürfe nicht über 22 Prozent steigen. Mit den 48 Prozent wolle die SPD den Lebensstandard sichern und Altersarmut verhindern. Lange sprach sich deutlich gegen die Rente mit 70 aus. Ein wichtiger Pfeiler im SPD-Konzept: Alle zahlen ein, umschrieb Lange die Pflichtversicherung für Erwerbstätige, also auch Beamte oder Selbstständige.

Dass alle einzahlten, löse das Problem nicht, es verschiebe es, widersprach Barthle. Schon heute flössen 100 Milliarden Euro aus Steuereinnahmen in die Rente. Woher sollten weitere 100 Milliarden kommen, fragte er. Man müsse ehrlich sagen: Ohne an einer der drei Stellschrauben für die Rente zu drehen, werde es nach 2030 nicht gehen. Dabei schloss Barthle ein niedrigeres Rentenniveau genauso aus wie höhere Rentenbeiträge. Er rechnet eher damit, dass nach 2030 das Renteneintrittsalter erhöht werde, „flexibel und nach Berufsgruppen“.

Lange zeigte andere Wege der Finanzierung auf: mehr Erwerbstätige, indem mehr Kinderbetreuung Frauen den Schritt ins Arbeitsleben erleichtert. Und „mehr Tarifbindung“ und „gute Löhne“. „Das Ziel muss sein, dass immer mehr Menschen in sozialversicherungspflichtige Arbeit kommen, keine Minijobs und keine befristeten Arbeitsverträge“, sagte der SPD-Mann. Und fügte in Bezug auf die Zeit vor der Wahl hinzu: „Dieses Angebot war da, das Wahlergebnis war anders.“

Was CDU-Mann Barthle zu der Bemerkung veranlasste: „Wir hätten miteinander eine Mehrheit, wenn die nur wollten.“ Er wisse noch nicht, wer regiert, sagte Barthle. Und: „Vielleicht müssen wir doch wieder zusammen.“ Wozu Lange zunächst schwieg. Erst der Hinweis eines Besuchers auf das höhere Rentenniveau Österreichs brachte eine Reaktion. Während Barthle den Vergleich der Rentensysteme und einen Systemwechsel als „schwierig“ bewertete, da die Systeme gewachsen seien, meinte Lange, man könne schon auf einen Wechsel des Systems hinarbeiten, „langsam“ und auch „nur für Neue“. Er verwies darauf, dass solche und andere Unterschiede der Grund dafür seien, dass es „keine Große Koalition mehr gibt“.